Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JW/WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Ukraine/Russland
2. Desmond Tutu – Mein Appell an das Volk Israels: Befreit euch, indem ihr Palästina befreit
3. USA rechnen mit der Bank of America ab
4. Ferguson
5. Heribert Prantl – Deutsche Waffen im Irak: Falsch, falscher, am falschesten
6. Worse than the 1930s: Europe’s recession is really a depression
7. Die BRICS-Entwicklungsbank: Ein Fonds, aber noch keine Bank
8. Hawks Crying Wolf
9. Paritätischer warnt vor „Lawine der Altersarmut“ und fordert eine durchgreifende Reform der Altersgrundsicherung
10. Forscher üben scharfe Kritik an Hartz IV
11. Leiharbeit
12. Laut DIHK fehlen 80.000 Azubis: Leere Stellen statt Lehrstellen
13. Putsch im Iran: Die Geheimdienstoperation des CIA
14. Neues Studieninformationsportal der Fachgesellschaften
15. Kampf gegen Amazon: Juli Zeh fordert Verlage zum Widerstand auf
16. Warum Sie Ihren Journalisten-Job jetzt an den Nagel hängen und in die PR wechseln sollten

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Ukraine/Russland**
   a. **Russland vs. NATO: Droht ein neuer Kalter Krieg?**
   Seit der Annexion der Krim scheint im Ukraine-Konflikt klar, wer gut und wer böse ist. Aggressiver Putin, friedliebender Westen. Doch der jetzige Konflikt hat eine Vorgeschichte: Auch die NATO hat Russland immer wieder vor den Kopf gestoßen: Durch die Modernisierung des Waffenarsenals, durch die Aufnahme osteuropäischer Staaten und geringe Kooperation bei Rüstungsverhandlungen wurde die jetzige Eiszeit bereits vor Jahren eingeleitet. Und Hardliner fordern

jetzt noch mehr: Stationierung von Kampftruppen, Aufrüstung und Erweiterung. Führende Sicherheitsberater warnen vor einer neuen Ost-West Konfrontation: Noch nie seit dem Ende des Kalten Krieges war die Situation so gefährlich wie jetzt.
Quelle: WDR Monitor

Anmerkung WL: *Interessant z.B. Nato-Generalsekretär Rasmussen erklärt um Juni, Russland habe seine Verteidigungsausgaben um 50 Prozent erhöht, während die Nato-Staaten ihre Ausgaben um 20 Prozent gesenkt hätten. Laut SIPRI gab Russland im letzten Jahr 88 Milliarden Dollar für das Militär aus, Frankreich, Deutschland und Großbritannien allein 168 Milliarden Dollar und die USA 640 Milliarden Dollar. Allein diese vier Nato-Länder gaben also im letzten Jahr das 9-fache an Militärausgaben aus gemessen an Russland. Aber für die Nato ist das immer noch zu wenig. Deutschland soll 23 Milliarden zusätzlich ausgeben.*

b. **Die Rolle der Rechten in der ukrainischen Armee**
Der Regierung in Kiew ist jede Hilfe recht, auch die Hilfe von ultra-rechte Freiwilligen-Verbänden.
Quelle: Tagesthemen

2. **Desmond Tutu – Mein Appell an das Volk Israels: Befreit euch, indem ihr Palästina befreit**
Erzbischof Emeritus Desmond Tutu ruft in einem exklusiven Artikel für Haaretz zu einem globalen Boykott Israels auf und drängt Israelis und Palästinenser, jenseits ihrer Staatsführer nach einer nachhaltigen Lösung der Krise im Heiligen Land zu suchen.
Quelle: Avaaz

im Original: **Desmond Tutu – My plea to the people of Israel: Liberate yourselves by liberating Palestine**
Archbishop Emeritus Desmond Tutu, in an exclusive article for Haaretz, calls for a global boycott of Israel and urges Israelis and Palestinians to look beyond their leaders for a sustainable solution to the crisis in the Holy Land.
Quelle: Haaretz

3. **USA rechnen mit der Bank of America ab**
Amerika zieht die Verursacher der Finanzkrise zur Verantwortung. Die Bank of America büßt für fragwürdige Immobilienkredite und hat sich mit dem Justizministerium auf einen Vergleich geeinigt, sie zahlt 16,65 Milliarden Dollar. Einen

so teuren Vergleich musste noch kein Unternehmen mit der amerikanischen Justiz abschließen, die Summe entspricht den Gewinnen von Amerikas zweitgrößter Bank aus drei Jahren. […]
Weitere Banken stehen noch im Fokus der Ermittler, etwa Goldman Sachs und Wells Fargo. Die Milliardenstrafen sind vielen Amerikanern aber zu abstrakt; sie fragen, warum noch keiner der Banker ins Gefängnis musste. […]
Die deutsche Finanzaufsicht wirkt im Vergleich dazu zahm. Bisher ist nicht bekannt, dass sie Strafzahlungen gegen deutsche Banken verhängt hätte, weil diese sich in der Finanzkrise falsch verhielten. Dabei war etwa die Deutsche Bank groß im Geschäft mit der Verbriefung minderwertiger US-Immobilienkredite. Institute wie die Hypo Real Estate investierten Milliarden in solche Wertpapiere; als deren Kurse ins Bodenlose fielen, mussten die Banken mit Steuergeld gerettet werden.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

Anmerkung AM: *Interessant aber nicht ganz korrekt:*

a. *Die Banken mussten nicht gerettet werden. Die erste Bank in Deutschland, die mit Milliarden gerettet wurde, war die Industriekreditbank (IKB). Mit dieser Rettung von ungefähr 10 Milliarden € – übrigens 2007 f und damit zeitlich vor der Insolvenz von Lehman Brothers – wurde verdeckt, dass in den Aufsichtsgremien dieser Bank die Creme der deutschen Wirtschaft saß. Wäre die IKB insolvent gegangen, hätte das vermutlich keine großen volkswirtschaftlichen Auswirkungen gehabt.*
b. *Der größte Rettungsprogramm war die Rettung der erwähnten HRE mit vermutlich über 100 Milliarden €. Auch hier ist fraglich, ob die Insolvenz volkswirtschaftlich schlimme Auswirkungen gehabt hätte. Die Rettung geschah zu Gunsten einer großen Schar von inländischen und ausländischen Geretteten. Wer sich darüber genauer informieren will, sollte sich den Tagesspiegel vom 13.9.2009 anschauen, siehe hier. Wir haben in den Nachdenkseiten immer wieder auf diesen aufschlussreichen Beitrag hingewiesen. – Übrigens sollte man auch hier nicht vergessen, dass der einflussreiche konservative Ökonom Hans Tietmeyer zur fraglichen Zeit im Aufsichtsrat der HRE saß und offenbar von den Verbriefungsgeschäften nichts mitbekommen hatte, noch wahrscheinlicher: diese Geschäfte prima fand.*
c. *Falsch ist auch die Aussage der Süddeutschen Zeitung, die Krise der Bank of America sei der Auslöser der Finanzkrise gewesen. Auslöser gab es schon einige vorher, zum Beispiel Spekulationsgeschäfte im Zusammenhang mit dem Aktienboom von 1999 oder Immobilienspekulationen in den neunziger Jahren und*

danach. Die HypoVereinsbank zum Beispiel kam wegen solcher Geschäfte schon Anfang des letzten Jahrzehnts in Schieflage und versuchte im Februar 2003 zusammen mit den Spitzen der Banken und Versicherungen, bei Kanzler Schröder und Finanzminister Eichel die Unterstützung des Bundes für die Gründung einer Badbank zu erreichen. Siehe hier.

4. **Ferguson**
   a. **Video zeigt tödliche Schüsse in Saint Louis**
   Nur Sekunden nach ihrem Eintreffen am Tatort in St. Louis eröffneten Polizisten das Feuer auf den mutmaßlichen Ladendieb Powell. Ein Zeuge nahm die Szene auf – wir dokumentieren die erschütternden Bilder, die wie im nahen Ferguson das Vorgehen der Beamten fragwürdig erscheinen lassen.
   Quelle: FAZ
   b. **A Former Marine Explains All the Weapons of War Being Used by Police in Ferguson**
   There's at least one line every Marine knows: "Never point a weapon at anything you do not intend to shoot." The St. Louis County Police Department apparently never received that memo.
   Quelle: The Nation via Fefe
5. **Heribert Prantl – Deutsche Waffen im Irak: Falsch, falscher, am falschesten**
   Es ist falsch, den Kurden deutsche Waffen und deutsches Kriegsgerät zu liefern. Ist es womöglich noch falscher, es nicht zu tun – weil man dann dem Unheil seinen Lauf lässt? Viele sehen das so. Die Bundesregierung hat entschieden, Waffen in den Nordirak zu liefern.
   Dieser Grundsatzbeschluss verstößt gegen die Grundsätze deutscher Politik, wonach der Export von Waffen in Kriegsgebiete grundsätzlich verfehlt, unvernünftig und widersinnig ist. Die Bundesregierung meint aber, die Lage im Nordirak sei so barbarisch, dass Ausnahmen erlaubt sind. Sie glaubt, dass militärische Nothilfe für die von den IS-Truppen verfolgten Menschen notwendig ist – und dass die Kurden zwar nicht die idealen Nothelfer seien, aber halt keine anderen da sind.
   Quelle: Süddeutsche Zeitung
6. **Worse than the 1930s: Europe's recession is really a depression**

   As I was arguing last week, it's time to call the eurozone what it really is: one of the biggest catastrophes in economic history.
   There have been plenty of those lately. And it's not just the Great Recession. It's the way we've struggled to make up the ground we lost since. The United States, for one,

has had its slowest postwar recovery. Britain has had its slowest one, period. But, six and a half years later, Europe has distinguished itself by not having much of a recovery at all. And, as you can see above, that's about to make it worse than the worst of the 1930s.
I've taken the chart above from Nicholas Crafts, and extended it a bit to put Europe's depression in, well, even more depressing perspective. Eurozone GDP still hasn't gotten back to its 2007 level, and doesn't look like it will anytime soon. Indeed, it already wasn't clear if its last recession was even over before we found out the eurozone had stopped growing again in the second quarter. And not even Germany has been immune: its GDP just fell 0.2 percent from the previous quarter.
Quelle: Washington Post

7. **Die BRICS-Entwicklungsbank: Ein Fonds, aber noch keine Bank**
Die neue BRICS-Bank gibt ein klares politisches Signal: wider die Dominanz der OECD-Länder im IWF und der Weltbank. Unklar bleibt hingegen das gegenwärtige wirtschaftliche Geschäftsmodell der neuen Entwicklungsbank. … Mit zunehmender Entwicklung der Kapitalmärkte in diesen Ländern, mit der Öffnung der Länder zum internationalen Kapitalverkehr und mit zunehmendem Gewicht der Währungen als internationale Transaktions-, Fakturierungs- und Anlagewährungen würde die BRICS-Bank aus dem Stadium der Isolation und der Antihaltung herauskommen und ein weiteres komplementäres Angebot zu den etablierten Entwicklungsbanken machen, vielleicht auch in Kooperation mit ihnen. Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg.
Quelle: Ökonomenstimme

Anmerkung Orlando Pascheit: *Das ist die präziseste Kurzanalyse zur neuen BRICS-Entwicklungsbank, was bei der Kompetenz von Rolf J. Langhammer kein Wunder ist – auch wenn mancher diese Kompetenz einem Mann aus dem Institut für Weltwirtschaft absprechen möchte. – Vielleicht hätte er etwas mehr darauf eingehen sollen, was er "politische Probleme .. untereinander" nennt.*

8. **Hawks Crying Wolf**
According to a recent report in The Times, there is dissent at the Fed: "An increasingly vocal minority of Federal Reserve officials want the central bank to retreat more quickly" from its easy-money policies, which they warn run the risk of causing inflation. And this debate, we are told, is likely to dominate the big economic symposium currently underway in Jackson Hole, Wyo.
That may well be the case. But there's something you should know: That "vocal minority" has been warning about soaring inflation more or less nonstop for six years.

And the persistence of that obsession seems, to me, to be a more interesting and important story than the fact that the usual suspects are saying the usual things. Before I try to explain the inflation obsession, let's talk about how striking that obsession really is.
The Times article singles out for special mention Charles Plosser of the Philadelphia Fed, who is, indeed, warning about inflation risks. But you should know that he warned about the danger of rising inflation in 2008. He warned about it in 2009. He did the same in 2010, 2011, 2012, and 2013. He was wrong each time, but, undaunted, he's now doing it again.
And this record isn't unusual. With very few exceptions, officials and economists who issued dire warnings about inflation years ago are still issuing more or less identical warnings today. Narayana Kocherlakota, president of the Minneapolis Fed, is the only prominent counterexample I can think of.
Quelle: New York Times

9. **Paritätischer warnt vor „Lawine der Altersarmut" und fordert eine durchgreifende Reform der Altersgrundsicherung**
Vor einer auf uns zurollenden „Lawine der Altersarmut" warnt der Paritätische Gesamtverband und prognostiziert, dass sich bereits in zehn Jahren die derzeit noch moderate Altersarmutsquote vervierfachen werde, sofern konsequente Reformen ausbleiben. In einer aktuellen Expertise kritisiert der Verband die von der Bundesregierung geplante „solidarische Lebensleistungsrente" als armutspolitisch wirkungslos. Als Alternative präsentiert der Verband in Berlin unter dem Titel „Sicherheit statt Altersarmut" ein eigenes Konzept für eine durchgreifende Reform der Altersgrundsicherung.
„Ab Mitte des nächsten Jahrzehnts droht ein Heer von ehemals Langzeit- und Mehrfacharbeitslosen sukzessive und unaufhaltsam in die Altersarmut zu fallen", warnt Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider. „Selbst bei vorsichtiger Schätzung wird sich die Zahl der Grundsicherungsbezieher auf eine Million erhöhen und werden die Quoten dann zweistellig werden." Die Rentenpolitik der letzten Jahre beschleunige und verstärke diese Entwicklung. 2013 lag der durchschnittliche Zahlbetrag von Altersrenten im Rentenzugang in den alten Bundesländern bei nur noch 714 Euro und damit unter der Grundsicherungsschwelle.
Quelle 1: Der Paritätische, Pressemitteilung
Quelle 2: Die Expertise [PDF]

10. **Forscher üben scharfe Kritik an Hartz IV**
Zwölf Jahre nachdem die Hartz-IV-Kommission ihren Abschlussbericht dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder vorlegte, ziehen Wissenschaftler der Universität Duisburg-Essen eine kritische Bilanz: Die Chancen für Hartz IV-Bezieher hätten sich

nicht verbessert. Es müsse „eine neue Diskussion über die zukunftsfähige Gestaltung des Arbeitsmarktes“ jetzt begonnen werden „und nicht erst auf dem Tiefpunkt des nächsten Abschwungs“, sagt Prof. Dr. Matthias Knuth vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen in einer aktuellen Expertise für die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).
Quelle 1: gegen-hartz.de
Quelle 2: Friedrich-Ebert-Stiftung: Rosige Zeiten am Arbeitsmarkt? Strukturreformen und „Beschäftigungswunder“ [PDF]

11. **Leiharbeit**
    a. **Reform der Zeitarbeit: Wenig Hoffnung für Leiharbeiter**
    Nach der Rente mit 63 und dem Mindestlohn ist die Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) der dritte große Punkt im Hausaufgabenheft von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD). Noch dieses Jahr sollen die Vorarbeiten beginnen, teilt ihr Ministerium mit, 2015 soll das Gesetz beschlossen werden.
    Schon jetzt laufen Politiker und Arbeitgeberverbände Sturm gegen die geplanten Änderungen. Im Koalitionsvertrag haben sich CDU und SPD darauf geeinigt, dass Leiharbeiter künftig nach neun Monaten das Gleiche verdienen sollen wie die Stammbelegschaft (Equal Pay) – und dass der Einsatz von Leiharbeitern auf 18 Monate begrenzt werden soll.
    So lange jedoch sind die meisten Zeitarbeiter gar nicht bei ihrem Verleiher beschäftigt. Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken hervorgeht, wurden im vergangenen Jahr 56 Prozent der Leiharbeitsverhältnisse nach weniger als drei Monaten beendet. Demnach ist der Wert im Vergleich zu 2011 (51 Prozent) sogar noch angestiegen.
    Quelle: Stuttgarter Nachrichten
    b. **»Geplante Änderungen in der Leiharbeit sind Augenwischerei«**
    Die Bundesregierung plant, dass in der Leiharbeit die Überlassungsdauer auf 18 Monate begrenzt wird und nach 9 Monaten das Equal-Pay-Prinzip gelten soll. Wie jedoch die Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE belegt, fiele der überwiegende Teil der Leiharbeitskräfte gar nicht unter die geplanten Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. 56 Prozent der Leiharbeitsverhältnisse wurden im Jahr 2013 nach weniger als drei Monaten beendet. Dieser Wert ist gegenüber 2011 (51 Prozent) sogar noch angestiegen. Laut einer tiefergehenden Analyse des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung dauerten im Jahr 2010 nur 27,6 Prozent der Leiharbeitsverhältnisse länger als 9 Monate und lediglich 13,8 Prozent länger als 18 Monate. Knapp drei Viertel der Leiharbeitskräfte käme demnach überhaupt

nicht in den Genuss der geplanten Equal-Pay-Regelung. Von einer Überlassungshöchstdauer von 18 Monate hätte nur ein geringer Teil der Leiharbeitskräfte einen Vorteil.
Zu beachten ist zudem, dass diese Zahlen nur die Dauer der Beschäftigung im Leiharbeitsunternehmen belegen und nicht die Dauer des Einsatzes im Entleihbetrieb, welche aber die entscheidende Größe bei den geplanten Änderungen ist. Über die Einsatzdauer liegen der Bundesregierung keine eigenen Daten vor, da diese statistisch nicht erfasst wird.
Quelle: Linksfraktion

c. **Stefan Körzell: "Die werden eingekauft wie Schrauben"**
Leiharbeiter sind aber keine Schrauben. Deshalb kann und darf die Leiharbeit kein Geschäftsmodell für die Zukunft sein, meint DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell in der Lüneburger Landeszeitung. Bei Werkverträgen fordert Körzell stärkere Kontrollen und mehr Mitspracherecht für die Betriebsräte.
Quelle: DGB

12. **Laut DIHK fehlen 80.000 Azubis: Leere Stellen statt Lehrstellen**
Die deutschen Ausbildungsbetriebe suchen händeringend nach geeigneten Azubis. Da die Zahl der Schulabgänger sinkt und gleichzeitig immer mehr junge Menschen ein Studium beginnen, spitzt sich die Situation zu, wie der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Eric Schweitzer, sagte. "Während für Jugendliche die Chance auf einen Ausbildungsplatz so gut wie nie ist, wird es für Unternehmen immer schwieriger, Bewerber zu finden." Im DIHK-Bereich blieben 2013 rund 80.000 Lehrstellen offen. "Wir befürchten, dass die Zahl der unbesetzten Plätze in diesem Jahr nicht niedriger sein wird", sagte Schweitzer. Die Schwierigkeiten, offene Lehrstellen zu vergeben, wirkten sich zunehmend auch auf Großbetriebe aus, sagte Schweitzer.
In diesem Jahr haben laut DIHK 53.000 junge Leute weniger die Schulen verlassen als im Vorjahr. Im Jahr 2025 werde es nochmals 120.000 weniger Schulabgänger geben als 2014: "Zusätzlich ist der Run auf die Hochschulen ungebrochen." 2013 hätten rund 507.000 junge Menschen ein Studium begonnen, ein Drittel mehr als noch zehn Jahre zuvor.
Quelle: Tagesschau

Anmerkung JW: *So viele lehre Stellen, dann geht es ja wohl allen gut? Leider ganz im Gegenteil:*

> „Auf dem Ausbildungsmarkt suchen jährlich zehntausende Schulabgängerinnen und -abgänger bzw. Ausbildungsinteressierte

vergeblich nach einem Ausbildungsplatz. Noch nicht einmal jedes vierte Unternehmen bildet aus. Dieser Mangel an (betrieblichen) Ausbildungsplätzen hat dazu geführt, dass jährlich hunderttausende junge Menschen in Warteschleifen des sogenannten Übergangssystems landen und mittlerweile 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Die berufliche Perspektive dieser jungen Menschen ist schlecht. Die schwarz-gelbe Koalition fragt deshalb erst gar nicht nach der Qualität der Ausbildung. Dabei müsste sie auch hier dringend handeln. Viele Auszubildende werden als billige Arbeitskräfte missbraucht, die fachliche Anleitung ist mangelhaft und Ausbildungspläne werden nicht eingehalten. Die Vergütung der Ausbildung reicht in einigen Branchen nicht einmal für den Lebensunterhalt, viele schulische Ausbildungen kosten sogar Gebühren. Davon sind insbesondere Frauen betroffen, etwa in den Berufen des Gesundheitswesens. Junge Migrantinnen und Migranten haben trotz gleicher Qualifikationen geringere Chancen auf eine Ausbildung."

13. **Putsch im Iran: Die Geheimdienstoperation des CIA**
1953 unterstützte die CIA im Iran einen Putsch, bei dem der demokratisch gewählte Premierminister Mossadegh gestürzt wurde. Es war die erste Geheimoperation des Auslandsgeheimdienstes der USA, die auf einen politischen Umsturz abzielte und zugleich Blaupause für spätere CIA-Aktionen in anderen Ländern. Was von den USA zunächst als geopolitischer Erfolg gegen eine kommunistische Machtübernahme im Nahen Osten gefeiert wurde, führte 25 Jahre später jedoch zur Islamischen Revolution.
Quelle: ZDF via YouTube

Anmerkung Orlando Pascheit: *Es schließt sich durch die Freigabe der Dokumente aus dieser Zeit ein absurder Kreis. In den 50ern stürzen die USA eine werdende Demokratie, um später ein diktatorisches Nachbarland gegen die sich herausgebildete Theokratie zu unterstützen und um am Ende nach 50 Jahren zu versuchen, mit Krieg und Gewalt ein Leuchtfeuer der Demokratie für die Region zu setzen. Wieviel einfacher wäre es gewesen, den Iran demokratisch zu belassen. Wer weiß, vielleicht wäre der Iran zum Leuchtfeuer der Demokratie geworden.*
Irritierend ist in dieser Dokumentation, wie stark doch selbst grundsätzliche politische Entscheidungen von wenigen Personen abhängen können. Präsident Truman sah keinen Anlass, den britischen Wunsch zu unterstützen, wieder an die verstaatlichten Erdölquellen heranzukommen. Obwohl Präsident Eisenhower gegenüber Mossadegh

zunächst positiv gegenüberstand, gelang es den Brüdern Dulles ihn davon zu überzeugen, dass Mossadegh letztlich dem Kommunismus in Iran Tür und Tor öffnen würde. – Der Film hat allerdings eine Schwachstelle: Die wirtschaftlichen Interessen in England und den USA, denen natürlich die Verstaatlichung des Erdöls in den Förderländern zuwiderlief, werden eher am Rande erwähnt. Allen Welsh Dulles, von 1953 bis 1961 Direktor der CIA, und John Foster Dulles, ab 1953 Außenminister, waren nicht nur Kommunistenfresser, sondern auch in gewiefte Lobbyarbeiter, die bis zu ihrer politischen Karriere als Anwälte der auf das Auslandsgeschäft spezialisierten Wirtschaftskanzlei Sullivan & Cromwell wirkten.
Verstörend in Bezug auf heute, dass diese Zeit (oder auch die Zeit des Jom-Kippur-Krieges, der mich derzeit beschäftigt) keinen Islamismus kennt. Während der Iran eher aufgeklärt einen souveränen, demokratischen Nationalstaat anstrebt, versinken die USA fundamentalistisch in einem kruden, wenig reflektierten Antikommunismus.

14. **Neues Studieninformationsportal der Fachgesellschaften**
Als die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) im Juni 2012 den soziologischen Instituten und Fachbereichen an deutschen Hochschulen empfahl, sich nicht länger an der Datenerhebung für das Hochschulranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) zu beteiligen, war dies der Auslöser einer doppelten Dynamik. Ein Ergebnis ist das nun zugängliche Studieninformationsportal von DGS und VHD (Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands).
Quelle: Studis Online
15. **Kampf gegen Amazon: Juli Zeh fordert Verlage zum Widerstand auf**
Die Schriftstellerin Juli Zeh hat von den deutschen Buchverlagen ein gemeinschaftliches Vorgehen gegen den Onlinehändler Amazon gefordert. “Es reicht nicht, Amazon zu dämonisieren und zu versuchen, in einer verworrenen Situation mit der Moralkeule Klarheit zu schaffen”, sagte die Autorin in einem Interview der “Stuttgarter Zeitung”. Angesichts der veränderten Strukturen auf dem Buchmarkt müssten sich die Verlage gemeinsam organisieren. “Es ist nicht so, dass die andere Seite keine Macht hat, sie ist nur gespalten”, sagte Zeh mit Blick auf die klassischen Verlage.
Juli Zeh gehört zu den inzwischen rund 1500 deutschsprachigen Autoren, die dem Onlinehändler Amazon in einem offenen Brief “Erpressungsmethoden” vorwerfen. Er manipuliere gezielt Empfehlungslisten und liefere Bücher bestimmter Verlage verlangsamt aus, um höhere Rabatte durchzusetzen, so die Kritik.
Quelle: Spiegel Online
16. **Warum Sie Ihren Journalisten-Job jetzt an den Nagel hängen und in die PR wechseln sollten**

Die jüngsten Zahlen aus den USA dürften Journalisten ins Grübeln bringen. Man könnte auch sagen: Diese Zahlen machen betroffen. Denn sie belegen, was viele schon geahnt haben. Der Gehaltsabstand zu den Kollegen aus der PR wird immer größer – auch für Berufsanfänger.
Dazu hat das Pew Research Center die Zahlen des U.S. Bureau of Labor Statistics analysiert. Das Ergebnis: Menschen in der PR verdienen durchschnittlich 20.000 Dollar mehr im Jahr als Journalisten. Anders formuliert: Für jeden Dollar, den ein PR-Spezialist verdient, bekommt ein US-Journalist nur 65 Cents. 2014 waren es immerhin noch 71 Cents.
PR-Mitarbeiter verdienen nicht nur mehr, es gibt auch mehr von ihnen. So arbeiten in den USA fünfmal so viele Menschen in der PR wie im Journalismus. Vor zehn Jahren kamen auf einen Journalisten "nur" drei PRler. […]
Noch niedriger liegen die geschätzten Zahlen des American Journal Review. 44.360 US-Dollar – so viel bzw. wenig bekommen festangestellte Zeitungsreporter in den USA. Das sind umgerechnet gerade einmal knapp über 31.000 Euro. Nur Kellner und Bauarbeiter würden weniger verdienen. […] In Deutschland sieht die Situation für freie Journalisten nicht besser aus: 2.180 Euro, so viel bringen selbstständige Schreiber laut einer DJV-Umfrage monatlich nach Hause. Zum Vergleich: Das ist rund die Hälfte weniger als das Gehalt ihrer festangestellten Kollegen. Laut der Umfrage ist das durchschnittliche Gehalt seit der letzten Befragung 2008 sogar um acht Prozent gesunken. Am wenigsten verdienen freie Zeitungsreporter. Sie kommen gerade einmal auf durchschnittlich 1.395 Euro.
Quelle: Meedia

Anmerkung JB: *Wobei man bei den deutschen Zahlen für die „festangestellten Kollegen" auch aufpassen muss. Hierbei dürfte es sich um die tariflichen Bezüge handeln, die deshalb so hoch ausfallen, weil sie vor allem für ältere und/oder Journalisten in leitenden Positionen gezahlt werden, die in der Tariftabelle weiter oben angesiedelt sind. Bei sehr vielen Zeitungen werden Neueinstellungen jedoch schon lange nicht mehr regulär über die Tariftabelle bezahlt, sondern über vorgeschaltete Beschäftigungsgesellschaften, mit denen sie ohnehin nicht sonderlich üppigen unteren Ränge der regulären Tariftabelle unterlaufen werden.*